
Nationalstaat und Nationalismus

Die Rolle Deutschlands in einem vereinigten Europa

Ludwig Watzal

Nicht der Nationalstaat ist der Irrweg, wie es der intellektuelle Kopf der SPD, Peter Glotz, in einem seiner zahlreichen Bücher formuliert hat, sondern der Weg, der mit dem Vertrag von Maastricht in Westeuropa eingeschlagen wird. Der Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa scheint die politischen Eliten Westeuropas orientierungslos gemacht zu haben. Anstatt mit dem Integrationstempo innezuhalten, wurde es noch gesteigert. Hätte nicht der Epochenbruch von 1989/90 die Chance geboten, über eine Integration ganz Europas nachzudenken? Wäre es nicht die Zeit eines Integrations-Moratoriums gewesen? Anstatt über neue Formen der Kooperation und Integration nachzudenken, schritt man auf anachronistischen Bahnen weiter und unterzeichnete im Dezember 1991 den Vertrag von Maastricht. Er ist zum jetzigen Zeitpunkt die schlechteste aller möglichen Antworten, weil dieses Integrationskonzept den Osten Europas vor den Kopf gestoßen und damit direkt zum Wiedererstarken der alten Eliten beigetragen hat. Hatte man noch vor drei Jahren die osteuropäischen Amtskollegen zur »Rückkehr nach Europa« eingeladen, wurden mit Maastricht die Tore fest verrammelt und die Mauern des Protektionismus um einiges erhöht. Die politisch Verantwortlichen in Osteuropa sind zu Recht von der Haltung ihrer westeuropäischen Kollegen zutiefst enttäuscht. Der Vertrag von Maastricht schreibt also einen Zustand fest, der durch die weltpolitischen Umwälzungen des Jahres 1989/90 absolet geworden ist. Europa hat sich verändert, aber nicht das Denken der Europafunktionäre.

Die politische Klasse in Deutschland zeigt sich wie kaum eine andere vom Aufkommen des Nationalismus in Osteuropa überrascht und hält ihn für Teufelswerk. Das Mittel, mit dem sie dieses Gespenst vertreiben will, ist die Liquidierung des Nationalstaates, der politischen Größe also, die von Paul Kennedy als der Ort der Identität eines Volkes bezeichnet wird. Nachdem der Kommunismus sowohl eine ökonomische als auch ethisch-moralische Wüste hinterlassen hat, mögen die Nationalstaatsgegner erklären, auf was sich die politischen Eliten Osteuropas hätten berufen und stützen sollen, wenn nicht auf die nationale Geschichte und die Organisationsform des Nationalstaates. Die These, daß der Nationalstaat die Voraussetzung für

Nationalismus sei, und dieser zwangsläufig ins Verderben führe, ist historisch nicht haltbar. Der Nationalstaat war in den seltensten Fällen die Ursache für kriegerische Auseinandersetzungen. Meine Gegenthese lautet, daß es immer dann zu nationalistischen Ausbrüchen kommt, solange der Nationalstaat noch nicht seine endgültige Form gefunden hat. Sind nicht die schrecklichen vulgär-nationalistischen Exzesse in Deutschland Beleg dafür, daß das wiedervereinigte Land noch nicht sein nationales Selbstbewußtsein wiedergefunden hat? Mit dem neuen Deutschland müssen sich die Deutschen erst identifizieren. Diesen Prozeß durch eine beschleunigte Europäisierung zu unterbinden, könnte sich für Bundeskanzler Helmut Kohl bei den Wahlen 1994 als Bumerang erweisen.

Die Welt organisiert sich nun einmal in Form von Nationalstaaten. Sie sind ein Faktum. Die UNO heißt nicht ohne Grund Vereinte Nationen. Natürlich kann das Nationale auch im Nationalstaat pervertieren, aber es bleibt die Ausnahme. Von dieser auf die Untauglichkeit eines bewährten Konzeptes zu schließen, ist intellektuell unredlich. Der ehemalige Bundeskanzler Helmut Schmidt hat allen, die die Nationalstaatsidee als ein Relikt des 19. Jahrhunderts bezeichnen, eine arrogante Attitüde bescheinigt. Peter Glotz gehört zu denjenigen, die immer wieder diese These ventilieren und als Alternative ein Europa der Regionen befürworten. Er befürchtet, daß es zu einer Renationalisierung Westeuropas – die ist bereits erfolgt – und zu einer Relegitimierung des Nationalismus komme, die dann zu einer Legitimierung der rechten Kräfte führen könnte. Derselbe Autor bringt seine Skepsis gegenüber den Deutschen in der Süddeutschen Zeitung vom 22./23. Januar 1994 dadurch zum Ausdruck, daß sie sich noch nie mit einem cleveren »Geschäftspatriotismus« zufrieden gegeben hätten. Und er fragt – Schlimmes ahnend – abschließend: »Was kommt diesmal raus?« Die Bedenken, die sich in seiner Haltung äußern, sind jedoch fehl am Platz. Diejenigen, die für eine unbefangene Betrachtungsweise des National-Staates und der Nation plädieren, sind keine eifernden Nationalisten oder metaphysische Nationverklärer. Im Gegenteil: Sie verbalisieren nur eine Selbstverständlichkeit, die immer öfter auch aus dem Ausland an die Deutschen herangetragen wird. Da Glotz davon ausgeht, daß Deutschland aufgrund seines geistigen und ökonomischen Potentials auch im Jahre 2010 noch einer der stärksten National-Staaten in Europa sein wird, ist zu hoffen, daß die SPD sich langsam wieder auf ihre nationale Tradition besinnt, auf die sie zu Recht stolz sein kann. Mit einer Toscana-Mentalität läßt sich jedenfalls langfristig keine Nation regieren. Nicht durch die Beibehaltung der nationalstaatlichen Organisationsform kommt es zur Renationalisierung Europas, sondern die Zerschlagung der Nationalstaaten wird zu Regionalismus, Separatismus, Nationalismus und Rassismus auch in Westeuropa führen. Der Wegfall der identitätsstiftenden Organisationseinheit könnte zu nationalistischen Ausschreitungen führen. Das künstlich geschaffene Westeuropa, das in Maastricht ausgeklügelt wurde, wird Europa destabilisieren.

Die mit Maastricht intendierte Europäische Union verlangt eine Supranationalität, doch für diese Form der Identität gibt es noch keine Identitätsträger. Die wohlsituierten Eurofunktionäre, die ihre Supranationalität wie eine Monstranz vor sich hertragen, sind nicht repräsentativ für die Bürger; diese Klasse steht nur für sich selbst. Eine Supranationalität wird nur dort akzeptiert und vielleicht auch gelebt, wo man Deutsche, Franzosen, Engländer, Italiener u. a. ihre nationale Identität verwirklichen läßt. Spricht nicht der totale Fehlschlag des sogenannten kommunistischen Interna-

tionalismus gegen die Schaffung eines supranationalen Bewußtseins? Ist dies kein Widerspruch in sich selbst? Diese künstliche Ideologie zusammen mit der Abschottung und das Fehlen jeglicher gesellschaftlicher Modernisierung hat eine Geisteshaltung konserviert, die die ahistorisch polyethnischen Eliten des Westens das Fürchten lehrte. In den Staaten Mittel- und Osteuropas wurde somit ein auf Vorurteile beruhender Nationalismus konserviert.

Die politische Elite Deutschlands hat es nach der Wiedervereinigung versäumt, den fruchtbaren Boden für ein neues nationales Selbstbewußtsein zu nutzen. Die Wiedervereinigung führte zu keinem Nationalrausch; es gab einen gesunden Patriotismus, der aber nicht konserviert worden ist. Statt dessen wird das einzige unbelastete nationale Symbol, die D-Mark (sie existierte schon vor der Gründung der Bundesrepublik), als Brandopfer auf dem Altar von Maastricht dargebracht. Hat unsere politische Elite kein Fingerspitzengefühl für Symbole in der Politik? Daß der Bundeskanzler nicht gerade zu den Feinfühligsten zählt, macht seine Äußerung deutlich, die er nach seiner Rückkehr am 13. Dezember 1991 aus Maastricht machte, in der er meinte, daß die »Widerstände« hinweggefegt werden würden. Jüngst erklärte er, man müsse die Euroskeptiker am Wegrand stehen lassen. Es könnte durchaus passieren, daß er nach der Europawahl als Westeuropa-Fossil auf dem Müllhaufen der Geschichte landet. Auch bei ihm hat ein opportunistisch und wahltaktisch begründeter »Umdenkungsprozeß« nach außen hin begonnen.

Daß sich der Nationalstaat beim Übergang vom Kommunismus zur Demokratie in Osteuropa bewährt hat, sollte auch von seinen Kritikern zur Kenntnis genommen werden. So erfüllt er die Demokratisierungs-, Transformations-, Integrations- und Modernisierungsfunktion, wie es der Bonner Politikwissenschaftler Tilman Mayer formuliert. Die Schwierigkeiten bei der Nationalstaatswerdung in Osteuropa sollen nicht verharmlost werden; aber was dieser Prozeß auch offenbart, ist das Ende der Vielvölkerstaatlichkeit. Nationen-Konglomerate wie die Sowjetunion oder Jugoslawien waren Kunstgebilde, die niemals in den Augen der Zwangsvereinigten Legitimität besessen hatten. Ergebnis ist die Universalität der Nationalstaatlichkeit. Wer den Osteuropäern in ihrer kritischen Phase der Identitätsfindung und Nationalstaatswerdung supranationale Konzepte andienen will, handelt ahistorisch und verantwortungslos. Die anderen Nationen wollen von uns nicht immer hören oder belehrt werden, daß wir angeblich die Nation, das Nationale und den Nationalstaat schon hinter uns haben und wir auf dem Weg in supraeuropäische Gefilde seien, wo man toskanischen Wein, französischen Käse in polyethnischer Runde genieße, und dies als das Europa der Zukunft ausgibt.

Maastricht und die Folgen

Die Referenden in Dänemark und Frankreich haben deutlich gemacht, wie tief die Staaten Europas in der Maastricht-Frage gespalten sind. Auch die bevorstehenden Abstimmungen in den skandinavischen Ländern und Österreich werden diese Spaltung aufweisen. In Deutschland traut die politische Klasse den Bürgern nicht; sie hat sich zur Obrigkeit ohne Bodenhaftung emanzipiert. Nach Meinung vieler Politiker scheint den Menschen das richtige Bewußtsein für dieses Jahrhundertwerk zu fehlen. Man greift es als reine PR-Maßnahme und ignoriert dadurch tieferliegende Senti-

mente der Menschen, die auf Identitätsstiftung angelegt sind. In Deutschland lehnen nach Umfragen zwei Drittel der Bevölkerung Maastricht mit seinen vielen Unwägbarkeiten ab. Um so verwunderlicher ist das Abstimmungsergebnis des Deutschen Bundestages vom 2. Dezember 1992. Fast unisono haben sich die Volksvertreter in eine Zukunft auf den Weg gemacht, an dessen Ende ihre Degradierung zum Landesparlament steht. Von den 565 abgegebenen Stimmen waren 547 Ja- und 17 Nein-Stimmen, eine SPD-Dame enthielt sich. Das Abstimmungsergebnis zeigt auf das eklatanteste die Politikunfähigkeit und die Angst vor der Verantwortung unserer politischen Klasse. Die Mehrzahl der Debattenbeiträge offenbart, daß die Politiker die gravierenden Einwände der Experten entweder nicht hören wollen oder sie nicht ernstnehmen. Dabei sind die politischen, ökonomischen und verfassungsrechtlichen Einwände so gravierend, daß man guten Gewissens nicht für den Vertrag votieren hätte dürfen.

Im folgenden sollen nur die politischen Einwände gegen Maastricht behandelt werden, weil die verfassungsrechtlichen durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes vom Oktober 1993 nur teilweise anerkannt worden sind und sich die ökonomischen durch den Zusammenbruch des Europäischen Währungssystems, die horrende Staatsverschuldung und die hohen Arbeitslosenzahlen zu einem Problemberg angehäuft haben, so daß es zu keiner Eurowährung kommen wird, obwohl die Politiker auf ihrer »Jubelfeier« Ende Oktober 1993 in Brüssel noch eine Verteilung von EU-Institutionen vorgenommen haben und Deutschland mit dem Europäischen Währungsinstitut diejenige Institution bekommen hat, die das zu schaffende europäische Inflationsgeld symbolisieren wird.

Politische Einwände gegen Maastricht

Bundeskanzler Helmut Kohl hat in seiner Rede vor dem Europarat in Straßburg betont, »daß wir Frieden und Freiheit nur erhalten können, wenn wir als Deutsche voll in die europäische Einigung eingebunden sind ... Für Deutschland ist die politische Einigung Europas die Schicksalsfrage, die Existenzfrage schlechthin.« Hier wird den Deutschen wieder einmal eingeredet, sie seien eine Gefahr für Europa. Traut die politische Klasse in Deutschland immer noch nicht ihren Untertanen? 50 Jahre nach dem Ende des 2. Weltkrieges ist eine Mea-culpa-Mentalität geradezu anachronistisch. Die paranoide Furcht vor sich selbst und seiner eigenen Geschichte wird von der Mehrheit der Deutschen und den anderen Ländern immer weniger verstanden und akzeptiert. Sie verlangen, daß sich Deutschland endlich wie ein normaler Nationalstaat verhalten soll und nicht länger Angst vor sich selbst zu haben braucht. Niemand muß sich vor Deutschland fürchten, weil das Land keinen bedroht. Aus unserer betrüblichen Geschichte läßt sich keine nationale Sonderrolle mehr ableiten. So müssen wir die nationalsozialistische und die kommunistische Vergangenheit in Zukunft für die nationale Identitätsstiftung zwar nutzbar machen; dies darf sich aber nicht länger als Fessel bei der Durchsetzung nationaler Interessen erweisen.

Keinem Deutschen wäre es aber nur in den Sinn gekommen, Maastricht mit dem Diktat von Versailles in einem Atemzug zu nennen. Aber unsere französischen »Freunde« äußern sich in *Le Figaro* so, wie es unter Freunden üblich ist, nämlich offen und ehrlich: »Deutschland wird zahlen«, sagte man in den zwanziger Jahren.

Es zahlt heute: Maastricht, das ist der Versailler Vertrag ohne Krieg.« Oder unsere italienischen »Freunde«, wie der Großindustrielle Carlo de Benedetti in der Zeitschrift *L'Espresso*: »Wir wollen nicht für Dresden sterben.« Oder wenn der ehemalige französische Außenminister Roland Dumas im August 1993 als Sprachrohr des Präsidenten François Mitterrand in bezug auf die Bundesbank sogar von »der Schlacht an der Marne« spricht und Helmut Kohl und Deutschland die »nieder-schmetternde« Verantwortung für die Entwicklung in Ex-Jugoslawien zuschiebt, dann kann man schon an der deutsch-französischen »Freundschaft« zweifeln. Die jüngsten »Verstimmungen« zwischen beiden Staaten haben ihren Grund aber in der allmählichen Umorientierung Deutschlands. Langsam dämmert es der politischen Klasse, daß eine zu enge Anlehnung an Frankreich nicht mehr im deutschen Interesse liegt. Sollte Maastricht in der Tat gegen den Willen der Mehrheit der Deutschen umgesetzt werden, könnten rechte Kräfte eine neue »Dolchstoßlegende« konstruieren. Dies würde jedoch ins Leere laufen, da Deutschland den Vertrag freiwillig unterzeichnet hat.

Bis zur deutschen Vereinigung gehörte Frankreich zu den Bremsern der europäischen Einigung, und eine einheitliche Währung war jenseits aller Vorstellungskraft. Die französische Regierung im Verein mit Margaret Thatcher versuchten sogar, diese Vereinigung zu torpedieren. Infolge der Wiedervereinigung vollzog Frankreich dann eine radikale Wende in seiner Europapolitik. Jetzt lautete die politische Devise: ökonomische Einbindung und Kontrolle Deutschlands. Einziges Ziel des Vertrages von Maastricht und der französischen Politik ist die Zerschlagung der Dominanz der Deutschen Mark und die Ausbreitung des zentralistischen französischen Systems auf ganz Westeuropa. Konkret heißt dies, daß Maastricht ein Dominanzmodell Frankreichs über Deutschland ist, um die Überreste des französischen »Großmachtstatus« zu retten. Deshalb fragt Alfred Grosser zu Recht, ob Frankreich aus der Gemeinschaft einen Käfig für Deutschland machen wolle. Objektiv betrachtet, ist die Furcht vor einer deutschen Dominanz Europas aber völlig unbegründet. Deutschland als der Gewinner des Kalten Krieges wird durch den Vertrag von Maastricht zu dessen Verlierer, weil die politische Klasse wieder aus ihrer politischen Verantwortung flieht und auf die Durchsetzung deutscher Interessen verzichtet. Man will weiterhin jedermanns »Liebling« sein und sich nicht festlegen.

Der Vertrag von Maastricht behandelt die Außen- und Sicherheitspolitik geradezu stiefmütterlich. Die Behauptung der Bundesregierung, ein bereits in Kraft befindlicher Vertrag hätte eine bessere Handhabung der Balkankrise geboten, entbehrt jeder realen Grundlage und sind Euro-Phantasien. Die Trauerspiele, die die EG mit ihrer Nahostpolitik, ihrem Versagen in der Kuwait-Frage und jüngst im Bosnien-Konflikt aufgeführt hat, zeugen davon, daß auch in Zukunft nicht eine einheitliche Außenpolitik betrieben werden wird, sondern daß nach wie vor die alte nationalstaatliche Interessenpolitik Priorität genießt. Durch ihre Schwäche und ihr Nicht-Handeln ist die Europäische Union (EU) für die schrecklichen Menschenrechtsverletzungen und Massaker im ehemaligen Jugoslawien direkt verantwortlich. Die EU hat kein erkennbares außenpolitisches Konzept, geschweige eines für Osteuropa. Daß es zu keiner gemeinsamen Aktion der EU in bezug auf die Aufnahme von Flüchtlingen aus Bosnien gekommen ist oder daß keine wirksamen Sanktionen gegen die »ethnischen Säuberungen« durch die Serben durchgeführt werden, spricht nicht für eine konsensuale Außenpolitik. Eine Staatengemeinschaft, die im Angesicht der Grausamkeiten

in Bosnien keine Beschlüsse fassen kann, ist nicht ernstzunehmen. »Maastricht oder Sarajewo« ist in der Tat eine Propagandaformel, wie es der SPD-Bundestagsabgeordnete Peter Conradi genannt hat. Mit der Ratifizierung ist eher das Gegenteil zu befürchten, daß Europa Maastricht und Sarajewo bekommt, d. h. Nationalismus und Krieg, und zwar der reichen gegen die armen Staaten. Denn eine Verlagerung auf ferne Politikzentralen stiftet weitere Unruhe an den Rändern, und die ökonomische Abschottung trägt zur weiteren Verarmung Osteuropas und der Dritten Welt bei. Die Flüchtlingsströme werden weiterhin auf Westeuropa zukommen, insbesondere Deutschland.

Das populäre Argument, das oft für eine rasche Integration ins Feld geführt wird, will den Menschen einreden, daß viele Aufgaben und Probleme nur noch supranational gelöst werden könnten. Diese These entspricht eher einem dogmatischen Glaubenssatz als der Realität. So ist der EU-Agrarmarkt eine gigantische Fehlentwicklung. Mehr als 60 Prozent des EG-Haushalts werden für Subventionen wie Preisstützung, Lagerhaltung und Exportsubventionen aufgebracht. Dies sind zur Zeit jährlich 70 Mrd. DM mit steigender Tendenz. Allein die Bundesregierung gibt für Agrarsubventionen national 13,6 Mrd. DM aus. Insgesamt subventionieren die Industrieländer ihre landwirtschaftlichen Erzeugnisse mit 200 Mrd. DM. In Anbetracht der Armut in der Dritten Welt ein Skandal. Alle Rhetorik von Hilfen vor Ort sind unglaubwürdig. Auch in der Umweltpolitik werden z. B. die hohen deutschen Standards auf das niedrigere EU-Niveau nivelliert; in der Entwicklungspolitik die Zollschränken eher erhöht als abgebaut. Der EU bleibt für Entwicklungshilfe kein Geld übrig, da es in die Randzonen der Gemeinschaft fließt, wie auf dem Gipfel in Edinburg dokumentiert. So werden die Mittel des Kohäsionsfonds in Spanien für einen Freizeitpark ausgegeben.

Der Protektionismus feiert fröhliche Urstände. Krassestes Beispiel ist die EU-Bananenverordnung, die einseitig EU-Bananen gegenüber denjenigen aus Lateinamerika bevorzugt; die Folge waren Preissteigerungen um 45 Prozent. Oder: Die nationalistische Landwirtschaftspolitik Frankreichs, die mit aller Macht die GATT-Verhandlungen auf Kosten der anderen Mitgliedsstaaten, der USA und der Länder der Dritten Welt bestimmt hat. Die Zustimmung hat sich Frankreich teuer bezahlen lassen. Auch im Verhältnis zu Brüssel macht Bonn unverantwortliche Zugeständnisse. So kostet Deutschland der Briten-Rabatt bis 1999 jährlich zirka 1,3 Mrd. D-Mark. Nach Angaben der deutschen Bundesbank zahlte Deutschland 1992 betto 22 Mrd. DM in die EG-Kassen. Der Beitrag Frankreichs dagegen betrug nur drei Mrd. DM; das Land erhält 13,5 Mrd zurückerstattet. Großbritannien überweist dem bürokratischen Wasserkopf in Brüssel ganze fünf Mrd. Deutschland zahlt also mehr als das Doppelte in die Brüsseler Töpfe, was die beiden anderen Länder abführen. Auch das reiche Dänemark gehört nicht zu den Nettozahlern, sondern zu den Empfängern. Würde man das dänische Beispiel auf Deutschland übertragen, müßten wir 6,5 Mrd. DM aus Brüssel erhalten. Die USA haben die Europäer schon gewarnt und wenden sich ökonomisch dem Pazifik zu. Mit der Bildung der NAFTA haben die pragmatischen Amerikaner den Europäern gezeigt, daß man auch ohne Superstaat und ohne Aufgabe der Souveränität erfolgreich Wirtschaftspolitik betreiben kann, während sich die europäischen Regierungschefs noch mit einem Modell herumplagen, das seit dem Ende des Kalten Krieges ein Muster ohne Wert geworden ist. Die Europäische Union hat durch das Ende des Systemantagonismus jegliche Bedeutung für die prakti-

sche Politik verloren. Sie ist nur noch eine Spielwiese für alternde Politiker, die sich ihre Jugendträume auf Kosten der Nationalstaaten erfüllen wollen. Eine solche Politik darf sich nicht realisieren. Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat dieses Europa erst kürzlich zu Recht in einem Interview in der »Süddeutschen Zeitung« als »Kopfgeburt« bezeichnet und die Verlangsamung des Integrationsprozesses gefordert. Auch hat er Kanzler Kohl einen »Europa-Illusionisten« genannt und ihm anschließend den bayerischen Verdienstorden umgehängt. Stoibers Europakritik war wesentlich wahltaktisch motiviert, weil ihm mit Manfred Brunners »Bund Freier Bürger« ein ernsthafter Konkurrent erwachsen ist. Daß die politische Klasse in Deutschland in hysterischer Weise über ihn hergefallen ist, spricht aber für die Richtigkeit seines Anliegens. Seit der Klausurtagung der CSU in Wildbad Kreuth ist die Kritik des bayerischen Ministerpräsidenten verstummt. Er ist vor dem Unterzeichner des Maastricht-Vertrages, dem Finanzminister und »Parteifreund« Theo Waigel, eingeknickt.

Des weiteren weist die EU ein eklatantes Demokratiedefizit auf. Wird die Integration à la Maastricht in der vorgesehenen Form fortgesetzt, bleibt das Demokratieprinzip auf der Strecke. Das Maastricht-Europa schafft einen Mega-Staat ohne demokratische Kontrolle. Es entsteht eine absolutistische Herrschaft der Eurokraten. Das Europäische Parlament ist auch nach Maastricht ein Ornament; alle Eigenschaften nationalstaatlicher Parlamente gehen ihm ab. Dieses »Resolutionsparlament« oder beratende Versammlung kann nur durch die Übertragung der üblichen Kompetenzen eines nationalstaatlichen Parlaments aufgewertet werden und seine demokratische Kontrollfunktion wahrnehmen. In der jetzigen Form taugt es weder zur Kontrolle des Rates noch der Kommission. Es bedarf daher zuerst einer Parlamentarisierung der EU; sie muß begleitet werden von einer Kompetenzabgrenzung zwischen der Gemeinschaft und den Mitgliedstaaten. Ein »Überstaat« kann keine Alternative zum Nationalstaat sein. Karl Albrecht Schachtschneider sieht in dem Maastricht-Europa einen »parteiensaatlichen Despotismus«. Daß diese Bedenken durchaus gerechtfertigt sind, bestätigt EU-Präsident Jacques Delors, dem ein aufgeklärter Absolutismus vorschwebt.

Obwohl Deutschland der Zahlmeister der EU ist, hat es nur geringen Einfluß auf deren Entscheidungen. Das Europathema ist für die meisten Abgeordneten ein Tabu, das wegen vielfältiger Rücksichtnahmen keiner zu verletzen wagt. Es ist kaum nachvollziehbar, mit welcher Gelassenheit und Ignoranz sie die Aushöhlung ihrer Zuständigkeiten hinnehmen. In der Europafrage gibt es seit Jahren eine Superkoalition, die europapolitische Plattitüden zum besten gibt und jeder kritischen Erörterung aus dem Wege geht. Für wie unwichtig die Bundesregierung die Empfehlungen der Abgeordneten hält, macht die Tatsache deutlich, daß sie nur fünf Prozent der Bundestags-Empfehlungen überhaupt berücksichtigt hat. Die Bundesregierung spielt bei Maastricht mit gezinkten Karten. So behauptete Bundesfinanzminister Theo Waigel während der 1. Lesung des Zustimmungsgesetzes am 8. Oktober 1992: »Die starke Deutsche Mark wird durch die Währungsunion nicht abgeschafft.« In Artikel 3a heißt es, »die Einführung einer einheitlichen Währung, der ECU,« sei das Ziel. In Artikel 109/1 ist sogar von der »raschen Einführung der ECU als einheitlicher Währung« die Rede. Wo bleibt da die Redlichkeit?

Um der Euroskepsis in Deutschland und den anderen Mitgliedstaaten zu begegnen, hat man zur Beruhigung der Menschen das Subsidiaritätsprinzip in den Vertrag

mit aufgenommen. Dieses aus der Katholischen Soziallehre entlehnte Prinzip soll die Aufgabenverteilung zwischen den Mitgliedstaaten und der EU regeln. Dieter Grimm hegt beträchtliche Zweifel, da diese Norm nicht justiziabel sei. Dem Subsidiaritätsprinzip fehle der normative Unterbau, wie es zu verstehen sei. Es gibt keinen Konsens darüber, worin die limitierenden Funktionen dieses Prinzips bestehen. Das Prinzip ändert nichts an den zentralistischen Merkmalen des Vertrages; es dient als Nebelwand, hinter der sich die Politiker verbergen können. Ob der Europäische Gerichtshof das Prinzip für justiziabel hält, wird sich zeigen. Die bisherige Rechtsprechung hatte eine eindeutig zentralistische Stoßrichtung. Der Wirtschaftsrechtler Wernhard Möschel hält es für »juristisch wertlos«. Auch im Grundgesetz hat sich das Subsidiaritätsprinzip nur als schmückendes Beiwerk erwiesen. Wenn man das Subsidiaritätsprinzip wirklich ernstnehmen würde, dürfte es gar keine EU geben. Darüber hinaus enthält der Maastrichter Vertrag in Artikel 235 eine Ermächtigungsklausel, nach der sich der Rat, die Kommission und das Europäische Parlament nach eigenem Gutdünken Befugnisse aneignen können, die **nicht** im Vertrag vorgesehen sind. Angesichts der Widersprüche im Vertrag und der Ablehnung des Föderalismusprinzips haben die allseits abgegebenen Bekenntnisse zu ihm nur Beschwichtigungscharakter.

Deutsche Interessenpolitik und Nationalstaat

Welche Rolle soll nun Deutschland in Zukunft in Europa spielen? Welche Konsequenzen hat die politische Klasse aus den weltpolitischen Veränderungen gezogen? Die ersten eigenständigen außenpolitischen Schritte haben am Rhein zu erheblichen Turbulenzen und Verwirrung geführt. Die SPD suchte ihr Heil beim Bundesverfassungsgericht und einer Reform der UNO, und die Bundesregierung verfiel in ein nur schwer nachvollziehbares Lavieren. Die CDU/CSU war sofort für den Einsatz deutscher Soldaten, die FDP aber nur mit Zustimmung des Verfassungsgerichts. Nach dieser Polit-Posse sind die agierenden Politiker jedenfalls aufgefordert, deutsche Interessen neu zu definieren. Dies wird nicht ohne innen- wie außenpolitische Fiktionen abgehen. Deutschland muß zuerst ein für allemal Abschied vom »Genscherismus« und der betriebenen „Scheckbuchdiplomatie“ nehmen, die es nicht gestattete, in geostrategischen, interessenpolitischen und militärstrategischen Kategorien zu denken. Die deutsche Außenpolitik hing lange Zeit zu sehr moralisch wünschbaren Konzepten an, die sich bei der ersten Nagelprobe im Jugoslawienkonflikt als das erwiesen haben, was sie immer waren, nämlich Fiktionen. Es muß also zwischen Wünschbarem und zwingenden Interessen unterschieden werden. Ein bekanntes Postulat deutscher Außenpolitik lautete: Die Gemeinsamkeit der Werte führe zur Gemeinsamkeit der Interessen. Werner Weidenfeld vertritt deshalb die Ansicht, mit der Westbindung »werden innere Ordnung und internationale Einordnung in Übereinstimmung gebracht. Die politische Kultur wird zum Kompaß für die Standortbestimmung«. In einer an Interessen orientierten Staatenwelt in der Tat eine naive Vorstellung. Daß dieser »Kompaß« als Orientierungsmarke für die Zukunft nicht mehr ausreicht, wird sich schon bald herausstellen.

Neben der Schaffung der inneren Einheit steht eine Neuorientierung der deutschen Außenpolitik ganz oben auf der politischen Agenda. Deutschland kann sich

deshalb nicht mehr hinter der Europäischen Union verbergen. Für die alte Bundesrepublik war die europäische Integrationspolitik bequem, denn man brauchte keine wirkliche Verantwortung zu übernehmen. Mit der Pro-Maastricht-Entscheidung wollte man weiter im Schneckenhaus der Weltpolitik verharren. In der Vergangenheit zog man sich entweder mit legalistischen Spitzfindigkeiten (Grundgesetz) oder mit dem moralischen Argument (Geschichte) aus der Affäre. Wenn beides nicht mehr überzeugte, tat man es mit Geld (Golfkrieg). Die drei Grundkonstanten deutscher Außenpolitik werden aber nicht mehr länger von der internationalen Staatengemeinschaft akzeptiert. Das Bundesverfassungsgericht hat der politischen Klasse mit seinem Urteil zum Vertrag von Maastricht die Grenzen aufgezeigt. Der Nationalstaat darf nicht aufgelöst werden, und in der Währungsfrage gibt es keinen Automatismus. Deutschland kann jederzeit aus dem Vertrag austreten. Die Nationalstaaten und ihre Parlamente bleiben die bestimmende Größe.

Durch seine zentrale Lage und Größe liegt es in deutschem Interesse, eine starke Rolle in Osteuropa zu spielen. Die Länder erwarten dies auch von uns, insbesondere Rußland. Wir sollten dort an unsere guten historischen Beziehungen wieder anknüpfen. Auch gegenüber den anderen osteuropäischen Ländern müssen wir uns offen zeigen und sie an die Europäische Union oder an ein noch zu schaffendes neues Gebilde heranführen. Langfristig muß eine schrittweise Interessenverlagerung von West nach Ost stattfinden, was keine Abkehr vom Westen bedeutet, die niemand will, sondern nur eine Ausdifferenzierung deutscher Interessenlagen. In unserem nationalen Interesse liegt es, sich nicht ausschließlich auf Paris und die EU zu fixieren; essentiell für uns ist das langfristige Engagement der USA in Europa. Historisch haben wir bisher immer dem französischen Verlangen einer Zurückdrängung der USA aus Europa widerstanden. Doch durch eine europaideologische Verblendung scheint die politische Klasse diese bewährte Politik immer stärker zu unterlaufen. Daß Westorientierung und Westbindung von der politischen Klasse nicht rational begründet und mit einem Tabu belegt oder mit einer metaphysischen Aura umgeben werden, zeigt den Erklärungsnotstand unserer Politiker. Dieses »Sonderbewußtsein« ist ein typisch deutsches Phänomen. Niemand in Frankreich oder England würde auf die Idee kommen, aus der Westorientierung ein Dogma zu machen. Ein Teil der politischen Klasse in Deutschland fürchtet aber, daß an nationalstaatliche und an antiwestliche Traditionen angeknüpft und damit vom »westlichen Normaltypus«, wie es Jürgen Habermas nennt, abgewichen werde. Der inzwischen wieder verschwundene CDU/CSU-Kandidat für das Bundespräsidentenamt, der sächsische Justizminister Steffen Heitmann, wurde auch deshalb so angefeindet, weil er die Verkörperung der DDR-Mentalität war: nämlich Heimatgefühl und Nationalstolz. Zwei Kulturmuster prallen somit aufeinander: das multikulturell-national indifferente der westdeutschen Eliten und das nationale der Heitmänner. Heitmann wollte der sogenannten schweigenden Mehrheit eine Stimme geben; dies hat zu einer alle Parteigrenzen übergreifenden Ablehnungsfront geführt, bis der Kandidat schließlich entnervt das Handtuch warf.

Dabei ist es ganz natürlich, daß man nach solchen politischen Veränderungen seine Interessenlage überdenkt und neu definiert. Die USA haben uns gezeigt, wie man es machen muß. Dies bedeutet aber nicht, daß wir an der Spitze jeder Interventionsarmee marschieren sollen. Die Weltgemeinschaft erwartet nur von Deutschland, daß es sich wie ein normaler Staat verhält, der mit der Macht verantwortungsbewußt umgeht und seinen eingegangenen Verpflichtungen beim Beitritt zu den Vereinten Nationen nach-

kommt. Deutschland sollte deshalb der UNO im Rahmen seiner nationalen Interessen Truppen zur Verfügung stellen. Das einzige, was wir und alle anderen Staaten auch tun, ist die Verfolgung nationaler Interessen, und dies ist in den internationalen Beziehungen ein ganz normaler Vorgang. Eine solche Interessenpolitik schließt auch einen Sitz im UN-Sicherheitsrat mit ein. Sollte dies nicht zu realisieren sein, müssen der französische und der britische Sitz europäisiert werden. Denn die im Sicherheitsrat dominierende Jalta-Koalition ist anachronistisch.

Heterogener Nationalstaat als Zukunft Europas

Wie könnte nun die Alternative zu Maastricht aussehen? Da der Nationalstaat moderner Prägung eine Zählebigkeit an den Tag gelegt hat, wird es den europäischen Bundesstaat auf absehbare Zeit nicht geben. Die EU sollte sich auf das Wesentliche beschränken, und zwar auf die wirtschaftliche Integration ihrer Mitgliedstaaten, d. h. auf die Vollendung des europäischen Binnenmarktes. Im Angesicht der sich ins Unvorstellbare türmenden Probleme erscheint es abenteuerlich, Westeuropa in eine ungewisse Maastricht-Zukunft zu treiben. Statt dessen haben sich die Maastricht-Befürworter erst einmal abgewandt und beschäftigen sich mit ihrer neuen Illusionswährung für das Jahr 2000. Sie wenden den Blick ab von dem Chaos vor ihrer eigenen Tür. Wenn in Ex-Jugoslawien die Geschütze donnern, verfällt man in Westeuropa in tiefes Schweigen und Ratlosigkeit. Die Europäer verfügen zwar mit der NATO über einen enormen Militärapparat, der einmal die Sowjetunion hätte in Schach halten sollen, dieser erweist sich aber als unfähig, einige Banden in Ex-Jugoslawien zur Räson zu bringen, wie es André Glucksmann spöttisch genannt hat. Die Frage, die jeder Nationalstaat für sich zu beantworten hat, lautet, ob er sich als heterogener Nationalstaat im liberalen Sinne oder als Nationalstaat im traditionell-klassischen Sinne verstehen will.

Die richtige Handhabung der Einigung Europas – nicht Westeuropas – könnte die Chance beinhalten, den aufkommenden Nationalismus zu überwinden. Maastricht ist dafür der unzeitgemäße Weg. Er ignoriert die Umwälzungen in Osteuropa. Sie sind der Grund, warum es eine Meinungsumschwung in Westeuropa in bezug auf die europäische Integration gegeben hat. Die Menschen haben dies begriffen. Wer dies noch nicht zu realisieren scheint, sind jene Politiker, die auf ihre alten Tage ihre Jugendträume zu realisieren wünschen, um aus den Fußnoten der Geschichtsbücher in die Hauptkapitel vorzustoßen. Es findet eine Renationalisierung der Politik statt, ob die Politiker dies wollen oder nicht.

Das Hauptanliegen von Maastricht ist die Einbindung Deutschlands. Dies könnte auch durch eine noch stärkere wirtschaftliche und militärische Vernetzung mit seinen Nachbarn geschehen. Der Verzicht Deutschlands auf eine atomare Wiederaufbereitungsanlage ist ein solches Beispiel. Anstatt den Eurokraten in Brüssel Rasenmähervereinheitlichungsrichtlinien entwerfen zu lassen oder den Grümmungsgrad von Gurken nachzumessen, sollten sie sich produktiver Gedankenspiele hingeben, damit es in Europa zu einer intensiven Interdependenz der Ökonomien der Mitgliedstaaten kommt.

Die Eurokraten in Brüssel und die Europaideologen in den europäischen Hauptstädten haben es bis heute nicht vermocht, den Bürgern eine Art Zugehörigkeitserfah-

rung und Bejahung Europas zu vermitteln. Solange den Menschen nicht deutlich gemacht wird, daß sie Franzosen, Deutsche, Engländer und Italiener sein sollen und bleiben werden, solange werden und können sie nicht Europäer sein. Warum könnte eine gesamteuropäische Gemeinschaft nicht aus souveränen Nationalstaaten bestehen, die sich zu einer europäischen Freihandelszone mit ökonomisch engen intergouvernementalen und interdependenten Verbindungen entwickeln wird? In einem solchen Gebilde wäre auch für die Staaten Osteuropas sofort Platz.

In Anbetracht des enormen Problemstaus muß vor jeder Art »Experimentierstaat« gewarnt werden. Nicht die westeuropäische Einigung ist das Gebot der Stunde, sondern die gesamteuropäische. Sie ist durch die »Partnerschaft für den Frieden« erst einmal auf eine Warteschleife gesetzt worden. Ein Datum für die Landung wurde vorsorglich nicht genannt. Eine gesamteuropäische Integration soll es geben, und deshalb muß die politische Grundfigur der zukünftigen europäischen Staatengemeinschaft der heterogene Nationalstaat sein, der sich gegenüber dem Fremden offen und tolerant zeigen und in einem größeren Ganzen seine nationale Identität bewahren muß. Der Weg zum Europa der Vaterländer kann beschritten werden.

Die Veröffentlichung der vorstehenden Beiträge von I. Gyarmati, M. Greiffenhagen und L. Watzal wurde im Rahmen eines Forschungsprojekts durch die Förderung des Jubiläumsfonds der Oesterreichischen Nationalbank ermöglicht.